

**Niederschrift**

über die 44. öffentliche Sitzung

**des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen**

am **Mittwoch, 11. März 2015, 17:00 Uhr**

im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

19. März 2015

1 von 8

**Anwesende:**

**Mitglieder**

Petra Friedrich, Vorsitzende, SPD

Dorothee Köpp, 1. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne

Bernd-Peter Doose, 2. stellvertretender Vorsitzender, CDU

Dr. Rabani Alekuzei, Mitglied, SPD (Vertretung für Hermann Hartig)

Anke Bergmann, Mitglied, SPD

Christian Geselle, Mitglied, SPD

Stefan Kurt Markl, Mitglied, SPD (Vertretung für Wolfgang Decker)

Dr. Günther Schnell, Mitglied, SPD

Dieter Beig, Mitglied, B90/Grüne

Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne

Karl Schöberl, Mitglied, B90/Grüne

Georg Lewandowski, Mitglied, CDU

Birgit Trinczek, Mitglied, CDU

Dr. Norbert Wett, Mitglied, CDU

Axel Selbert, Mitglied, Kasseler Linke

Frank Oberbrunner, Mitglied, FDP

Bernd W. Häfner, Mitglied, FREIE WÄHLER (Vertretung für Dr. Bernd Hoppe)

**Teilnehmer mit beratender Stimme**

Jörg-Peter Bayer, Stadtverordneter, Piraten

Marina Kuchminskaja-Eimer, Vertreterin des Ausländerbeirates

Klaus Hansmann, Vertreter des Behindertenbeirates

**Magistrat**

Bertram Hilgen, Oberbürgermeister, SPD

Jürgen Kaiser, Bürgermeister, SPD

Dr. Jürgen Barthel, Stadtkämmerer, SPD

Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

**Schriftführung**

Edith Schneider, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Cenk Yildiz, Büro der Stadtverordnetenversammlung

**Entschuldigt:**

Ruth Fürsch, Mitglied, B90/Grüne

Anne Janz, Stadträtin, B90/Grüne

**Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen**

Wolfram Schäfer, Revisionsamt  
 Peter Schaumburg, Kämmerei und Steuern  
 Klaus Koch, Hauptamt  
 Manfred Niepel, Straßenverkehrs- und Tiefbauamt  
 Dr. Joachim Benedix, Personal- und Organisationsamt

**Tagesordnung:**

- |  |             |
|--|-------------|
| 1. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 99 Abs. 1 HGO (vorläufige Haushaltsführung) für das Jahr 2015; - Liste 2/2015 - | 101.17.1590 |
| 2. Neuabschluss des Wegenutzungsvertrages für die Wasserversorgung in der Stadt Kassel   | 101.17.1603 |
| 3. Ordnung zur Änderung der Parkgebührenordnung vom 19.05.2014 (Erste Änderung)  | 101.17.1614 |
| 4. Erhöhung Parkgebühren   | 101.17.1591 |
| 5. Airport Kassel Erfolg durch kreative Buchführung?   | 101.17.1609 |

Vorsitzende Friedrich eröffnet die mit der Einladung vom 2. März 2015 ordnungsgemäß einberufene 44. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

Vorsitzende Friedrich gibt bekannt, dass die

**Stadtverordneten**

Bernd-Peter Doose  
 Frank Oberbrunner

**und aus der Verwaltung**

Frau Schneider, Büro der Stadtverordnetenversammlung  
 der Veröffentlichung von Film- und Tonaufnahmen ihrer Person nicht zustimmen.

1. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 99 Abs. 1 HGO (vorläufige Haushaltsführung) für das Jahr 2015; - Liste 2/2015 -  
 Vorlage des Magistrats  
 - 101.17.1590 -

**Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt gemäß § 99 Abs. 1 HGO die in der rückseitigen Liste 2/2015 enthaltene überplanmäßige Aufwendung/Auszahlung (wirkt sich nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2015 wie eine über- und außerplanmäßige Aufwendung/Auszahlung aus) 3 von 8

im Ergebnishaushalt in Höhe von 47.040,00 €.“

Oberbürgermeister Hilgen beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke, Demokratie erneuern/Freie Wähler  
den

### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 99 Abs. 1 HGO (vorläufige Haushaltsführung) für das Jahr 2015; - Liste 2/2015 -, 101.17.1590, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Geselle

## **2. Neuabschluss des Wegenutzungsvertrages für die Wasserversorgung in der Stadt Kassel**

Vorlage des Magistrats

- 101.17.1603 -

### **Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Magistrat wird ermächtigt, den mit der Städtischen Werke Netz+Service GmbH (NSG) als bisherigen Konzessionär verhandelten Wegenutzungsvertrag für die Wasserversorgung in der Stadt Kassel nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs mit der NSG abzuschließen.
2. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei  
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke, FDP  
Ablehnung: Demokratie erneuern/Freie Wähler  
Enthaltung: --  
den

4 von 8

### Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Neuabschluss des Wegenutzungsvertrages für die Wasserversorgung in der Stadt Kassel, 101.17.1603, wird **zugestimmt**.

Den Ausschussmitgliedern liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke vor, der von Stadtverordneten Selbert, Fraktion Kasseler Linke, eingebracht und begründet wird. Stadtkämmerer Dr. Barthel nimmt dazu Stellung und erläutert die Vorlage. Auch beantwortet er die Fragen der Ausschussmitglieder.

#### ➤ Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Beschlusstext für die Vorlage 101.17.1603 wird wie folgt ergänzt:

1. Der Magistrat wird ermächtigt, den mit der Städtischen Werke Netz+Service GmbH (NSG) als bisherigen Konzessionär verhandelten Wegenutzungsvertrag für die Wasserversorgung in der Stadt Kassel nach Maßgabe des beigefügten Entwurfs mit der NSG abzuschließen. **Der Magistrat stellt sicher, dass in den Wegenutzungsvertrag für die Wasserversorgung Vereinbarungen für die Höhe von Mindestinvestitionen für die Bereitstellung von Trinkwasserleitungen analog zu den Regelungen bei der Neuvergabe des Wegenutzungsvertrages für Strom und Gas festgelegt werden.**
2. ...
3. **Der Magistrat berichtet jährlich gegenüber der Stadtverordnetenversammlung über die Höhe der geplanten und tatsächlich erfolgten Investitionen im Bereich der Trinkwasserversorgung.**

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei  
Zustimmung: Kasseler Linke  
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler  
Enthaltung: --  
den

## Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zum Antrag des Magistrats betr. Neuabschluss des Wegenutzungsvertrages für die Wasserversorgung in der Stadt Kassel, 101.17.1603, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Köpp

### 3. Ordnung zur Änderung der Parkgebührenordnung vom 19.05.2014 (Erste Änderung)

Vorlage des Magistrats  
- 101.17.1614 -

## Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Ordnung zur Änderung der Parkgebührenordnung vom 19.05.2014 (Erste Änderung) in der aus Anlage 1 zur dieser Vorlage ersichtlichen Fassung.

2. Die Stadtverordnetenversammlung empfiehlt dem Oberbürgermeister, die zur Durchführung der Parkgebührenordnung erforderlichen straßenverkehrsbehördlichen Anordnungen zu treffen.“

Die Vorlage wird von Stadtbaurat Nolda erläutert. Im Anschluss beantwortet er die zahlreichen Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: Kasseler Linke  
den

**Beschluss**

6 von 8

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Ordnung zur Änderung der Parkgebührenordnung vom 19.05.2014 (Erste Änderung), 101.17.1614, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in:            Stadtverordneter Doose

**4. Erhöhung Parkgebühren**

Anfrage der FDP-Fraktion

- 101.17.1591 -

**Anfrage**

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie wirkt sich die Gebührenerhöhung der neuen Parkgebührenordnung bisher auf die Einnahmen der Stadt aus?
2. Wie hoch sind im Vergleich die Einnahmen durch Parkgebühren vor der Satzungsänderung in den Jahren 2011, 2012, 2013 und Ende September 2014?
3. Wie hoch sind die Einnahmen seit der Parkgebührenerhöhung ab dem 29.09.2014 bis heute?
4. Ist unter Berücksichtigung der mit der neuen Parkgebührenordnung verbundenen Extrainvestitionen (wie Automatenumstellung, Neuanschaffung, Beschilderung, Handyparken, Zählzusatzkosten und Einstellung Zusatzpersonal im Ordnungsamt) wie erwartet ein höheres positives Einnahmeergebnis erzielt worden?
  - a) Wenn ja, gegenübergestellt Kosten und Einnahmen im Einzelnen in welcher Höhe?
  - b) Wenn nein, wie bewertet dies der Magistrat und welche Maßnahmen werden zukünftig ergriffen?
5. Gibt es Erkenntnisse darüber, dass seit der Erhöhung eine Verdrängung durch Park-Such-Verkehr in parkgebührenfreie Zonen stattfindet?
  - a) Wenn ja, in welchem Umfang?

6. Ist dem Magistrat bekannt, ob und in welchem Umfang die durchgeführten Parkgebührenerhöhungen und die Ausweitung der Parkgebührenzonen Auswirkungen auf den Innenstadte Einzelhandel haben?

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder. Er sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage mit der Niederschrift zu.

**Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda erklärt Vorsitzende Friedrich die Anfrage für erledigt.**

#### **5. Airport Kassel Erfolg durch kreative Buchführung?**

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.1609 -

#### **Anfrage**

Wir fragen den Magistrat:

1. Ist es zutreffend, dass es eine neue Einnahme in der Flughafen GmbH „Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (DAWI)“ in Höhe von 2.5 Mio für 2015 geplant ist?
2. Ist es zutreffend, dass das jahresbezogene Defizit in 2015 mit 5.5 Mio Euro genau um 2.5 Mio unter dem 8 Mio Euro Defizit des Jahresplans 2014 liegt?
3. Ist es zutreffend, dass durch weitere Zahlungen von ca 5.5 Mio Euro von Anteilseignern das offizielle Ergebnis des Flughafens auf die schwarze Null gedrückt wird, ohne dass die öffentlichen Eigentümer einen Euro weniger für den Flughafen ausgegeben hätten?
4. Wer von den Eigentümern der Flughafen GmbH wird die 2.5 Mio DAWI Zuschüsse in welcher Höhe zahlen?
5. Welche Beschlüsse sind wann als Basis für diese neuen DAWI Zahlungen in welchen Gremien gefasst worden, bitte auflisten?
6. Ist es zutreffend, dass es einen neuen Kredit der Flughafen GmbH über 11.4 Mio für bisher nicht abgedeckte Investitionskosten gibt?
7. Ist es zutreffend, dass damit die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung Kassel, des Kreistags des Landkreis Kassel und der Gemeinde Calden keine weiteren Gelder für die Investitionskosten mehr leisten zu wollen umgangen werden?
8. Ist es zutreffend, dass die Kreditzinsen bei diesem Umgehungsgeschäft für die Flughafen GmbH mit 7.5 % erheblich über den Kosten für Kredite direkt bei den öffentlichen Eigentümern liegen?

9. Welche Mehrkosten in Euro entstehen den einzelnen Eigentümern bei diesem Umweggeschäft über die Zeit bis zur Tilgung des 11.4 Mio Kredits? 8 von 8
10. Welche konkreten Maßnahmen verbergen sich hinter den für das Jahr 2014 einmalig ausgewiesenen Rückstellungen mit dem Stichwort Umstrukturierungs-kosten und Rechts/und Beratungskosten in Gesamthöhe von 1.37 Mio Euro?

Stadtverordneter Selbert, Fraktion Kasseler Linke, begründet die Anfrage.

Stadtkämmerer Dr. Barthel sieht sich nicht in der Lage, die Fragen im Einzelnen zu beantworten. Die in der Anfrage aufgeworfenen Fragestellungen stammen aus nicht öffentlichen Unterlagen des Aufsichtsrates der Flughafen GmbH Kassel. Die Flughafen GmbH lehnt die Beantwortung der Anfrage aus Gründen der Verschwiegenheitspflicht der Geschäftsführung ab.

**Nach Stellungnahme von Stadtkämmerer Dr. Barthel erklärt  
Vorsitzende Friedrich die Anfrage für erledigt.**

**Ende der Sitzung:** 18:14 Uhr

Petra Friedrich  
Vorsitzende

Cenk Yildiz  
Schriftführer



Stadtverordneten-Versammlung  
Kassel

Eing. 19. MRZ. 2015

Anlage zu TOP 4

Straßenverkehrs- und Tiefbauamt  
- 66 -

Kassel, 5. März 2015  
Uwe Bamberg/Manfred Niepel  
Tel.: 3124/3075

Dezernat VI

Eing.: 05. März 2015

Anl. Ne

Anlage zum Protokoll

**Anfrage der FDP-Fraktion zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 11. März 2015**  
**Berichterstatter: Stadtverordneter Frank Oberbrunner; Vorlage-Nr.: 101.17.1591**

**Erhöhung Parkgebühren**

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie wirkt sich die Gebührenerhöhung der neuen Parkgebührenordnung bisher auf die Einnahmen der Stadt aus?
2. Wie hoch sind im Vergleich die Einnahmen durch Parkgebühren vor der Satzungsänderung in den Jahren 2011, 2012, 2013 und Ende September 2014?
3. Wie hoch sind die Einnahmen seit der Parkgebührenerhöhung ab dem 29.09.2014 bis heute?
4. Ist unter Berücksichtigung der mit der neuen Parkgebührenordnung verbundenen Extrainvestitionen (wie Automatenumstellung, Neuanschaffung, Beschilderung, Handyparken, Zählzusatzkosten und Einstellung Zusatzpersonal im Ordnungsamt) wie erwartet ein höheres positives Einnahmeergergebnis erzielt worden?
  - a) Wenn ja, gegenübergestellt Kosten und Einnahmen im Einzelnen in welcher Höhe?
  - b) Wenn nein, wie bewertet dies der Magistrat und welche Maßnahmen werden zukünftig ergriffen?
5. Gibt es Erkenntnisse darüber, dass seit der Erhöhung eine Verdrängung durch Park-Such-Verkehr in parkgebührenfreie Zonen stattfindet?
  - a) Wenn ja, in welchem Umfang? Anfrage FDP-Fraktion Vorlage-Nr. 101.17.1591
6. Ist dem Magistrat bekannt, ob und in welchem Umfang die durchgeführten Parkgebührenerhöhungen und die Ausweitung der Parkgebührenzonen Auswirkungen auf den Innenstadteinzelhandel haben?

- VI -

**Stellungnahme:**

Zu 1.) Die Erhöhung der Parkgebühren hat positiven Einfluss auf die Einnahmen der Stadt Kassel. Die Verpflichtungen aus dem Schutzschild können künftig erfüllt werden.

Zu 2. +3.) Die Einnahmen durch Parkgebühren im Zeitraum vom 01.10.2014 bis 28.02.2015 betragen insgesamt 2.938.585,64 € und lagen damit 845.198,21 € (28,76 %) höher als im vergleichbaren Zeitraum im Vorjahr.

Zu 4.) Durch die neue Parkgebührenordnung entstanden für die Beschaffung zusätzlicher Parkscheinautomaten, die Automatenumstellung und die neue Beschilderung Kosten in Höhe von insgesamt 221.798,08 €. Zählzusatzkosten sind nicht angefallen. Das Handyparken wird erst noch – ohne zusätzliche Kosten für die Stadt – realisiert. Bezüglich der Personalkosten im Ordnungsamt kann keine Aussage getroffen werden. Hierüber könnte das Personal- und Organisationsamt Auskunft geben.

Zu 5.) Jede Erhöhung von Parkgebühren führt zu erhöhtem Parkverkehr in den Randbereichen außerhalb der Parkgebührenzone. Der Umfang wird derzeit ermittelt. In der Regel normalisiert sich das Parkverhalten nach einer Eingewöhnungsphase.

Zu 6.) Belastbare Zahlen liegen derzeit noch nicht vor. Die Entwicklung wird beobachtet. Eine Auswertung kann auch hier erst nach der Eingewöhnungsphase erfolgen.

In Vertretung



Heiko Lehmkuhl